

Moin liebe Genossinnen und Genossen,

rund 12 Millionen Menschen gelten in der Bundesrepublik als armutsgefährdet, 14,5 Prozent der Bevölkerung. Das ist ein Ergebnis des Armutsberichts des Sozialverbandes Paritätische Wohlfahrt. Das Einkommen der Menschen betrug weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens. Insbesondere in den fünf östlichen Bundesländern, im nordrhein-westfälischen Ruhrgebiet und in einer Reihe von Großstädten in Norddeutschland liegen die Armutsquoten über 20 Prozent. 852.000 Haushalte bezogen bundesweit durchschnittlich 126 Euro Wohngeld.

In Hamburg sank die Quote der Armutsgefährdung leicht auf 13,3 Prozent. Fast 190.000 Menschen leben in der Hansestadt unter der Armutsgrenze. Die hohe Zahl der in Armutsverhältnissen lebenden Kinder, nämlich 21,8 Prozent, ist in dieser Hinsicht besonders bedrückend. Insbesondere im Bezirk Mitte ist jedes dritte Kind von Armut betroffen, in Stadtteilen wie Wilhelmsburg sind es sogar über 40% der Kinder. Gestiegen ist der Anteil der kleinen und großen BezieherInnen von Sozialleistungen. 13,7 Prozent der Hamburger Bevölkerung erhält Arbeitslosengeld II und weitere Transferleistungen.

Die soziale Lage ist ernst und darüber täuscht auch nicht die günstige wirtschaftliche Lage Hamburgs hinweg. Denn die wenigsten Menschen profitieren davon. Die Reallöhne sinken nach wie vor in fast allen Beschäftigungsbereichen und die Zahl derer, die im Niedriglohnssektor und/ oder als LeiharbeiterIn tätig sind, ist hoch. Im Verhältnis dazu steigen die Mieten noch höher. Es fehlt an Sozialwohnungen mit einer Mietpreisbindung und der neue Mietenspiegel ist ein Skandal. Er muss zumindest über mehrere Jahre eingefroren werden, die Löhne und Gehälter müssen wiederum erheblich steigen, um einen sozialen Ausgleich herzustellen.

Es muss ein aktiver Abbau der Minijobs betrieben und ihre Umwandlung in reguläre Arbeitsplätze mit gerechtem Lohn vorgenommen, ein gesetzlich verankerter Mindestlohn in Höhe von 10,00 Euro garantiert und ein Programm für die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen und tariflich entlohnten Beschäftigungsverhältnissen für Langzeitarbeitslose ins Leben gerufen werden. In der Regel haben sogenannte Ein-Euro-Jobs nur sehr wenige Langzeitarbeitslose in das bezahlte Arbeitsleben führen können. Nach wie vor bleibt unsere Forderung aktuell, den Regelsatz für EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II, Grundsicherungsleistungen und Sozialhilfe auf 500,00 Euro zu erhöhen.

Zur wirksamen Armutsbekämpfung gehört auch eine grundlegend veränderte Bildungslandschaft. Nach wie vor entscheidet in Deutschland die soziale Herkunft über die

Entwicklung der Kinder, ihren Zugang zur Bildung und über ihre Zukunftsperspektiven. Wir treten für eine gebührenfreie Bildung für Alle von Geburt an bis ins hohe Alter ein. Dazu bedarf es unter anderem auch eines anderen Schulsystems mit Gemeinschaftsschulen für Alle bis Klasse 10, an die sich eine doppelqualifizierende Schulbildung bis zur Berufsausbildung oder zur Hochschulreife anschließt. Der vorhandene Schul-Mix aus Stadtteilschulen und Gymnasien ändert nichts an der sozialen Ungerechtigkeit. Darüber hinaus muss der Ganztagsbetrieb an den Schulen auf Herz und Nieren überprüft werden, denn die Umsetzung läuft chaotisch und hat die Bedürfnisse und Interessen der Kinder überhaupt nicht im Blick. Das sind nur einige Forderungen für eine sozial gerechte Gesellschaft.

Das „neues deutschland“ veröffentlichte am 22.11.11 einen kurzen Bericht über die Praktiken der Billigfriseurkette C&M Company GmbH. Dort werden Friseure gezwungen, Arbeitsverträge zu akzeptieren, in denen unter anderem eine Mindestarbeitsleistung vorgeschrieben wird. Wer nicht einen Tagesumsatz von 220,00 Euro erzielt, kann deshalb von einem auf den anderen Tag gekündigt werden. Diese Kette wirbt übrigens mit einem Einheitspreis von 11,00 Euro pro Schnitt. Dort beschäftigte Friseure müssen also täglich mindestens 20 KundInnen bedienen. Dem Bericht zufolge bemängelte der Arbeitsrechtler Peter Schüren von der Universität Münster noch weitere Verstöße gegen Arbeitsrecht und gegen tarifliche Bestimmungen. In Hamburg unterhält C&M 24 Filialen, bundesweit 170. Kurios ist in diesem Zusammenhang, dass eine ihrer Filialen in der teuren Waitzstraße in Othmarschen ist.....

TERMINE und Infos:

Die Stadtteilgruppe Elbvororte plant eine Veranstaltung zur Finanzkrise, die am 05. Februar im ASB-Haus in der Rissener Dorfstraße stattfinden soll. Als Referenten wurden Herbert Schui und Harald Greib eingeladen.

Die Stadtteilgruppe Altona-Nord plant ebenfalls zu diesem Thema eine Veranstaltung, die voraussichtlich Ende Februar stattfinden soll.

Die Stadtteilgruppe Bahrenfeld wird (möglicherweise in Kooperation mit der Bezirksfraktion) am 25. Januar eine Veranstaltung zum Ausbau der Straße Holstenkamp veranstalten. Eingeladen werden neben Robert Jarowoy und Horst Schneider ein Vertreter von Altopia.

Rund 350 Gäste besuchten das Benefizkonzert zugunsten der Erdbebenopfer in Van, das übrigens auch der Bezirksverband Altona unterstützte. Das dort eingenommene Geld wird den Opfern im kurdischen Teil der Türkei überbracht.

DIE LINKE.ALTONA wird sowohl am 25. Februar 2012 als auch Ende Mai/Anfang Juni zu Bezirksparteitagen einladen. Im Februar werden wir vornehmlich die Delegierten für die Tagungen des 3. Landesparteitages wählen (für eine zweijährige Tagungsperiode) und uns mit dem neuen Änderungsentwurf für die Landessatzung, der bis Mitte Februar vorliegen soll, beschäftigen. Wir wollen um 11:00 beginnen, voraussichtliches Ende um 16:00 Uhr. Der Ort wird mit der Einladung bekanntgegeben werden. Der zweite Bezirksparteitag wird die Neuwahl des Bezirksvorstandes und gegebenenfalls Wahlen für einen Landesausschuss/Landesrat auf der Tagesordnung haben. Im März wird ein Sonderparteitag des Landesverbandes zur künftigen Landessatzung tagen. Im April wird die erste Tagung des Landesparteitages stattfinden.

Unser Bundestagsabgeordneter Jan van Aken hat einen Rüstungsatlas erstellt, in dem nahezu 100 Rüstungsbetriebe in Hamburg und im Hamburger Umland benannt und beschrieben werden. Eine Vorabveröffentlichung kann als PDF-Datei über unsere Webseite www.die-linke-hh heruntergeladen werden.

Die nächste Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes *DIE LINKE.ALTONA* wird am Montag, den 09. Januar 2012, um 19:30 Uhr im Parteibüro im Gewerbehof Am Felde 2 in Ottensen stattfinden. Schwerpunktthemen:

- Wie weiter mit „Unser Hamburg – unser Netz“? Aufnahme von Bürgerentscheiden in die Hamburgische Verfassung. Eingeladen ist Gregor Hackmack von der Initiative „Mehr Demokratie“.
- Wohnungsbau, „Neues Altona“ und Bebauung des UCI-Geländes und des Hemmingstedter Wegs. Robert Jarowoy wird darüber berichten.